

Diakonie-Chef: „Migration und Sicherheit sind nicht die einzigen Themen“

Geschäftsführer des Diakonischen Werks Delitzsch-Eilenburg vermisst wichtige Themen in öffentlicher Debatte

VON MATHIAS SCHÖNKNECHT

DELITZSCH/EILENBURG. Damit will sich Tobias Münscher-Paulig nicht zufrieden geben. Auch gut einen Monat nach dem LVZ-Wahlforum in Delitzsch lässt den Geschäftsführer des Diakonischen Werks Delitzsch-Eilenburg das Thema nicht los: „Ich kann und werde mir nicht von sogenannten Wutbürgern und der AfD im Schlepptau permanent einreden lassen, dass die einzigen Themen in Sachsen Migration und innere Sicherheit sein sollen“, erklärt er. Für den 47-Jährigen wurden und werden vor der Landtagswahl am 1. September wichtige Punkte in der öffentlichen Debatte kaum behandelt. Die Auswirkungen bekommt auch die Diakonie zu spüren.

Alle sozialen und gesellschaftlichen Problematiken wie „Grundrente, Mindesteinkommen bei Arbeit, Finanzierung der Pflege im Alter, Bildung, Ökologie, bezahlbarer Wohnraum“ seien zu „Randthemen“ verkommen und werden in der Wahrnehmung von Münscher-Paulig mittlerweile von offenem „Ausländerhass“ und „Rassismus“ besetzt. Er wolle den Menschen, die etwas in dieser Form erlebt haben, nicht unterstellen, keine derartigen Gefühle zu haben, doch er „nehme Angst auf der Straße und unsichere Städte in denen ich nach 18 Uhr nicht mehr vor die Tür gehen kann, gerade in Nordsachsen, einfach nicht wahr“, sagt Münscher-Paulig. In



Delitzsch sei es eher so, dass es aufgrund mangelnder kultureller Veranstaltungen nach 18 Uhr keinen Grund mehr gibt, auf die Straße zu gehen. Es müsse daher möglich sein, auf das Sicherheitsbedürfnis dieser Menschen einzugehen, ohne andere soziale und gesellschaftliche Themen zu vernachlässigen.

Dass es in Sachsen im Vorfeld der Wahl jedoch vorrangig um innere Sicherheit und Migration geht, ist für Münscher-Paulig auch eine Folge des sich wandelnden politischen Klimas – nicht erst seit 2015. „Ich würde mich politisch nicht nach links oder rechts einordnen, sondern sagen, dass ich fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehe“, sagt er. Wenn es aktuell einen Rechtsruck in der Gesellschaft gebe, „muss eine Demokratie diesen aushalten“, erklärt Münscher-Paulig.

Menschen, die Parteien wie der AfD folgen und ihnen letztlich ihre Stimme geben, empfinden deren Aussagen und politische Positionen in der Erfahrung des Diakonie-Geschäftsführer als Wertschätzung – „ohne das Lösungen angeboten werden“. Um dem zu begegnen und Vorurteile abzubauen, sieht Münscher-Paulig drei Ansätze: Es dürfe zum einen nicht nur zugehört werden, sondern es müssen auch Antworten gegeben werden. Weiter fehle die Interaktion mit geflüchteten Menschen. Diese werde von vielen derzeit jedoch schlicht abgelehnt. Und drittens muss ganz genau hingeschaut wer-



Auf einen Kaffee mit: Tobias Münscher-Paulig (rechts) während des Gesprächs mit LVZ-Redakteur Mathias Schönknecht .

Foto: Wolfgang Sens

den, was weit rechts stehende Parteien tatsächlich leisten, „welche Probleme sie wirklich lösen“, erklärt er.

„Ich will keine ablehnende Haltung oder die des Oberlehrers einnehmen“, sagt Münscher-Paulig, doch das Diakonische Werk in Nordsachsen nehme tagtäglich eine Enthemmung im verbalen Umgang wahr. Gerade deswegen sei es für die Diakonie wichtig, weiterhin einen Austausch zu ermöglichen. Beispielsweise bestehe für jeden das Angebot, sich im Eilenburger Mehrgenerationenhaus oder im Interkulturellen Café im Kontakt mit

geflüchteten Menschen und Bürgern mit Migrationshintergrund einen eigenen Eindruck zu verschaffen.

Sich den Positionen rechtsaußen stehender Parteien zu verweigern oder diese zu ignorieren ist für Tobias-Münscher-Paulig keine Option. Dies müsse ausgehalten werden. Er gibt jedoch ihren potenziellen Wählern mit auf den Weg, die Parteien an ihren Taten zu messen und mit anderen zu vergleichen. „Jeder sollte sich mit ihren Programmatiken auseinandersetzen und nicht nur denen folgen, die am lautesten schreien.“